

DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg

Unser Programm für das soziale Tempelhof-Schöneberg

zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlung 2016

Antrag des Bezirksvorstands an die Mitgliederversammlung
am 18. Februar und 17. März 2016. Am 17. März 2016 beschlossen.

Wahlprogramm zur
Tempelhof-Schöneberg Bezirksverordnetenversammlung
am 18. September 2016



Gliederung

Gliederung und Impressum	2
Am 18. September 2016:	
DIE LINKE für das soziale Tempelhof-Schöneberg!	3
Das Bezirksamt braucht linken Druck	4
Wachsende Stadt: Wohnen muss bezahlbar bleiben	5
Soziale Infrastruktur (wieder) aufbauen	10
Gemeinsam gegen Zwangsverrentung!	13
Arbeit und Rente – davon muss man leben können	12
Gesundheit und Vorsorge stärken	13
Die beste Bildung für alle möglich machen	14
Bezahlbare Kultur- und Leseangebote erhalten und ausbauen	16
Entfaltungsmöglichkeiten für die Jugend	18
Umweltfreundliche Mobilität für alle	19
Tempelhofer Feld erhalten	20
Mischung und Vielfalt als Gewinn für den Bezirk	21
Flüchtlinge sind in Tempelhof-Schöneberg willkommen	22
Demokratische Gedenkkultur ausbauen	24
Frieden und Gerechtigkeit weltweit – das fängt hier an!	26

Impressum

Bezirksvorstand DIE LINKE . Tempelhof-Schöneberg

Feurigstraße 68, 10827 Berlin

Telefon: +49 30 21 997 -140

Fax: +49 030 21 729 26

bezirk@dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schulz

25. März 2015 Berlin Tempelhof-Schöneberg

Am 18. September 2016: DIE LINKE für das soziale Tempelhof-Schöneberg!

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Tempelhof-Schöneberg,

wir leben in bewegten Zeiten. Weltweite Krisen haben ihren Widerhall auch in unserem Bezirk und schaffen Verunsicherung. Nicht erst die Ankunft von vielen Geflüchteten in unserem Bezirk hat uns vor Augen geführt, dass unsere Stadt und unser Land schon seit Jahren auf Verschleiß gefahren werden: nach jahrzehntelangem Personalabbau, nach Kürzungen und Ausgliederungen in der Daseinsvorsorge und vor dem Hintergrund wachsender sozialer Ungleichheit durch eine ungerechte Steuer- und Arbeitsmarktpolitik.

Die Folgen dieser falschen Politik erleben wir nicht nur, wenn es um die Aufnahme von Geflüchteten geht (Stichwort: Lageso), sondern auch in unserem Alltag: auf den Bürgerämtern, die personell ausgedünnt wurden, auf den Holper-Straßen und Holper-Radwegen, die nicht gewartet werden, im Winter, wenn der Streudienst nicht kommt und die S-Bahn ausfällt, in den vernachlässigten öffentlichen Gebäuden und Anlagen, auf dem Wohnungsmarkt, wo trotz Ansätzen von Regulierung viele Menschen von Verdrängung bedroht sind. Dagegen wollen wir gemeinsam mit Ihnen etwas tun.

In den letzten 5 Jahren war DIE LINKE mit zwei Verordneten in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vertreten: Elisabeth Wissel und Harald Gindra haben dort mit großem Einsatz die Interessen von Mieter_innen, von sozial Benachteiligten und all derjenigen vertreten, auf die sonst keine Rücksicht genommen wird – etwa wenn es um den Erhalt sozialer Einrichtungen oder von Jugendzentren ging. Oder wenn bei Bauprojekten die Stimme der Anwohner_innen gehört werden sollte. Obwohl nur zu zweit, haben sie wichtige Debatten in der BVV angestoßen und geprägt.

DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg und ihre Verordneten haben aktiv Mieter_innen bei ihren Problemen unterstützt: bei Mieterversammlungen und in persönlichen Gesprächen, ihnen geholfen, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, sich gegen übertriebene Mieten oder schlampige Instandsetzung zu wehren. Wir haben den Anstoß für die Einrichtung sozialer Erhaltungsgebiete gegeben. Wir haben uns für die autonomen Jugendzentren Potse und Drugstore in Schöneberg und für das Nachbarschaftsbüro W40 in Marienfelde eingesetzt, sowohl außerparlamentarisch als auch in der BVV. Den Volksentscheid zum Tempelhofer Feld haben wir mit unterstützenden Anträgen in der BVV begleitet.

Unsere Verordneten haben damit gezeigt, dass es sich lohnt, im Kleinen, im Bezirk, zu beginnen, wenn man die Gesellschaft gerechter, sozialer und solidarischer gestalten will. Sie haben die Zusammenarbeit mit Betroffenen, mit Nachbarschafts- und Bürgerinitiativen, sozialen Verbänden und Gewerkschaften gesucht. Jetzt werben wir um Ihre Unterstützung bei der Wahl: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg will mit einer starken Fraktion in die BVV einziehen – um die anderen Fraktionen, die seit Jahrzehnten das Bezirksamt dominieren, stärker unter Druck setzen und so mehr für Sie erreichen zu können: soziale Gerechtigkeit, Schutz

der Wohnung, ein starker öffentlicher Dienst. Wir wollen unseren Bezirk lebenswert FÜR ALLE machen.

Am 18. September gilt's. Entscheiden Sie sich für ein soziales Tempelhof-Schöneberg. Für eine starke LINKE im Bezirk Tempelhof-Schöneberg.

Das Bezirksamt braucht linken Druck

Beliebtes Spiel in der Berliner Politik ist es, die Verantwortung für Missstände hin und her zu schieben. Im Zweifelfall finden empörte Bürger_innen niemanden, der sich für zuständig erklärt. Der Bezirk verweist auf die Finanznot und chronischen Personalmangel, wofür ja der Senat verantwortlich sei. Der Senat verweist auf tröpfchenweise Personalzuweisungen und Sonderprogramme, die er gelegentlich auflegt. Jetzt wird die Kompetenz der Bezirke gänzlich in Frage gestellt, die Senatsverwaltungen sind an vielen Ecken dabei zu zentralisieren: Die Bauleitplanung wird den Bezirken stärker entzogen, ein zentrales Bürgeramt soll eingerichtet werden, es gibt Überlegungen zu einer Schul-Bauverwaltung und zu Volkshochschulen unter zentralem Dach.

Dabei agieren dieselben politischen Kräfte auf beiden Ebenen: Die SPD gibt nun schon lange sowohl auf Landesebene, wie im Bezirk den Ton an. Und die CDU hatte vor 2011 im Bezirk eine Zählgemeinschaft mit der SPD und regiert seit 2011 auf Landesebene mit.

Das Bezirksamt wird von den drei großen Parteien besetzt – in den beiden letzten Wahlperioden stellte die SPD jeweils den bzw. die Bezirksbürgermeister/-in und einen weiteren Dezernenten, die CDU hatte zwei und die Grünen eine Stadträtin. In allen Parteikonstellationen suchte der Bezirk sein Heil in Einsparungen auf Kosten des Personals. Noch heute brüstet sich die CDU damit, dass sie in der Wahlperiode bis 2011 für hohe Überschüsse gesorgt hätte. Das stimmt, aber mit einer kurzsichtigen Methode: Tempelhof-Schöneberg war stets schneller dabei, Personal abzubauen, als die meisten anderen Bezirke. Nur: Irgendwann bemerken die Bürger_innen den verschlechterten Service und damit einhergehende Gefährdungen, etwa im Jugend-/Gesundheitsamt. Aber auch im Finanzsystem des Landes (Budgetierung) wird das nicht dauerhaft belohnt. Denn weniger Personal führt zu weniger Nutzung und das zu einer geringeren Finanzausstattung in den Folgejahren.

Der Kollaps bei den Bürgerämtern hing ebenfalls damit zusammen, dass fast alle Bezirksämter erheblich Stellen abgebaut hatten und damit berlinweit bei wachsender Stadt nicht mehr genügend Bearbeitungskapazität zur Verfügung stand. Tempelhof-Schöneberg war auch in dieser Hinsicht Vorreiter (schlechteste Ausstattung je 1.000 Einwohner).

Die SPD-/Grüne Zählgemeinschaft hatte sich nach 2012 nur durch die Überschüsse der Vorjahre und durch nicht verausgabte Investitionsmittel (!) über Wasser halten können. Anfangs war sie noch auf Reformen aus, wie den Ausbau von Bürger-Partizipation: Bürgerhaushalt, Bürgerforen, Einwohnerversammlungen/ Werkstattverfahren zu größeren Baumaßnahmen. DIE LINKE hat diesen Kurs auf mehr Partizipation unterstützt.

4 Unser Programm für das soziale Tempelhof-Schöneberg

Von alledem ist nicht viel übrig geblieben: Mit einem Sparhaushalt für 2016, aus dem noch mal 5 Mio. Euro „Pauschale Minderausgaben“ rausgequetscht werden sollen, sind Bürgerhaushalt und Bürgerforen „beerdigt“, selbst die Sondermittel der BVV sind reduziert. An Jugendprojekten und an vielen anderen Stellen wird gespart oder wird im Laufe des Jahres noch die Axt angelegt.

Auch bei der Personalentwicklung gibt es noch keine grundsätzliche Umkehr. Stellen, die nicht eindeutig nachweisen können, dass sie sich mehr als refinanzieren können (abrechenbare Mengen von „Produkten“), werden verzögert besetzt. Und 2017 sieht alles noch düsterer aus.

Unter der Parole „Bauen, bauen, bauen“ werden derzeit die nächsten Bausünden vorbereitet. Lukrative Geschäftemacherei auf Kosten der Allgemeinheit blüht. SPD und CDU drängen zur Privatisierung von öffentlichen Liegenschaften. Wenn dann wenigstens erschwingliche Wohnungen dabei herauskämen. Die Bautätigkeit in den letzten Jahren befriedigte aber vor allem die Nachfrage im gehobenen Wohnsegment (meist Eigentumswohnungen) und manche Flächen werden spekulativ bevorratet, oft von neuen Eigentümern nach kurzer Zeit zu höheren Preisen weiterveräußert, ohne dass sich darauf etwas entwickelt (so z.B. KGA Säntisstraße). Oft waren es SPD und CDU, die spekulativen Akteuren erst Tür und Tor geöffnet haben. So auch auf dem Schöneberger Gasometer/EUREF-Gelände, wo nach Wünschen von CDU und SPD vertragliche Verpflichtungen des Eigentümers gegenüber der Allgemeinheit keine Rolle mehr spielen sollen. In wilden Bauzeiten droht eine Wiedergeburt des Westberliner Baufilzes.

- § DIE LINKE setzt sich im Landeswahlprogramm für eine Stärkung der Bezirke ein, weil sich vor Ort die direkten Einflussmöglichkeiten und Partizipation besser entwickeln lassen. Die Landesbehörden, wie Lageso, Verkehrslenkung Berlin oder zentral gesteuerte Verwaltungsmodernisierung (IT), sind ja nicht gerade Musterbeispiele für die Überlegenheit zentraler Aufgabenerfüllung.
- § Wir wollen, dass Bezirke wieder politische Schwerpunkte setzen können: bei Partizipation oder auch bei bezirklicher Kulturförderung. Deshalb fordern wir z.B. eine pauschale Zuweisung von 7,5 Mio. Euro für jeden Bezirk für derartige „freiwillige“ Aufgaben.

Wachsende Stadt: Wohnen muss bezahlbar bleiben

Seit Jahren haben wir in Berlin eine massive Wohnungskrise. Die starke Zuwanderung nach Berlin – nicht nur von Geflüchteten – hat diese Krise sichtbar gemacht.

Ursächlich für die Krise ist der Umstand, dass die Beschaffung (Zukauf und Bau) von bezahlbarem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung weit hinter den gesellschaftlichen Anforderungen zurückblieb und bleibt. Bis 2020 sollen in Berlin 60.000 Wohnungen entstehen. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind jedoch nur zu 20% daran beteiligt. Die meisten Wohnungen werden privatwirtschaftlich gebaut und als Eigentumswohnungen vermarktet. Ein wirklicher

Mieterschutz für bezahlbare und barrierearme Wohnungen ist jedoch nur gegen private Profitinteressen durchzusetzen. Der eigentliche Bedarf liegt bei Wohnungen mit Netto-Preisen zwischen 5,50 und 8,50 € je qm². Dieser Bedarf wird sich auch dadurch erheblich steigern, dass die bleibenden Flüchtlinge mit angemessenen Wohnungen versorgt werden müssen. Auf Landesebene fordert DIE LINKE 100.000 neue Wohnungen für die Wohnungsbaugesellschaften und schlägt dafür ein Finanzierungskonzept vor.

Insbesondere Menschen mit kleinen Einkommen, Transferleistungsbeziehende, Studierende und Menschen mit schmalen Renten können kaum noch bezahlbare Wohnungen finden und müssen 30-50% ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden. In Zukunft sollen die Kosten für den Wohnraum max. 25% des Einkommens nicht übersteigen. Leider steuert die Bundesregierung nicht gegen und auch der Senat hat zu lange gewartet. Wir wollen aber, dass Berlin und der Bezirk alles tun, um die Wohnraumversorgung sicherzustellen und Menschen vor Verdrängung zu schützen. Bei Neuvermietungen muss der Bezirk entschiedener gegen überhöhte Mieten vorgehen. Modernisierung und Sanierung von Wohnhäusern dürfen nicht zur Verdrängung von Mietern führen.

Unser Ziel ist Gewährleistung des Grundrechts auf Wohnraum.

Wachsender außerparlamentarischer Druck von Mieterinitiativen und Mieterverbänden hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der Senat das Zweckentfremdungs- und Umwandlungsverbot eingerichtet hat. Fehlendes qualifiziertes Personal – insbesondere in den Bezirken – verhindert aber, dass die Instrumente wirklich mietpreisdämpfende Wirkung entfalten können. So gibt es auch in Tempelhof-Schöneberg tausende illegale Ferienwohnungen, spekulativen Leerstand von Wohnungen und gelegentlich auch gezielt herbeigeführte Belästigungen bei Baumaßnahmen, Überbelegung von Wohnungen etc. DIE LINKE will im Bezirk durchsetzen, dass Regulierungsinstrumente für Mietwohnungen auch konsequent eingesetzt werden.

Ebenso setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass das Instrument der „Sozialen Erhaltungsverordnung“ (Milieuschutz) konsequent eingesetzt wird. Wir konnten daran mitwirken, dass im Schöneberger Norden mittlerweile vier Gebiete ausgewiesen sind. Das gibt dem Bezirk die Möglichkeit, Luxussanierungen und Umwandlungen zu untersagen. Ebenso kann der Bezirk sein „Vorkaufsrecht“ geltend machen, wenn spekulative Verkäufe offensichtlich den Zielen der Verordnung entgegenlaufen.

DIE LINKE im Bundestag und im Bezirk hatte sich dafür eingesetzt, dass die Häuser der BIMA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) in der Großgörschen-/Katzlerstraße nicht spekulativ verkauft werden. Die BIMA hatte im Höchstpreisverfahren derart hohe Verkaufspreise erzielt, dass die Refinanzierung für einen Privatinvestor nur über erheblich erhöhte Mieteinnahmen vorstellbar gewesen wäre. DIE LINKE hat die betroffenen Mieter_innen von Anfang an unterstützt und zahlreiche Initiativen in die BVV getragen, weil es der Bundeskasse schlecht ansteht, bei Wohnungsnot als Spekulant auf dem Markt zu agieren. In diesem Fall hat der Bezirk sein Vorkaufsrecht schließlich tatsächlich geltend gemacht. Mit einer skandalösen Klage versucht die BIMA nun dem Bezirk das Vorkaufsrecht

abzusprechen. DIE LINKE wird sich weiterhin in diesem und in vergleichbaren Fällen für Mieterinteressen und gegen Wohnraumprivatisierung aussprechen.

DIE LINKE fordert:

- § einen Fonds für das Vorkaufsrecht zu bilden, um den privatwirtschaftlichen Ankauf von Spekulationsgrundstücken und Häusern zu verhindern und um mehr städtischen Wohnungsbau zu ermöglichen.
- § Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften müssen wieder zu sozial verantwortlichen Wohnungsbaugesellschaften umgestaltet werden, damit in Berlin niemand ohne Wohnung sein muss.
- § Die Privatisierung des öffentlichen Wohnungsbestandes muss gestoppt werden. Kein Verkauf von weiteren bundes- oder landeseigenen Wohnungen!
- § Die Kommunen müssen zur Rekommunalisierung und Investitionstätigkeit in den Wohnungsbau finanziell in die Lage versetzt werden, z.B. durch eine sozial orientierte Grundstücksbewirtschaftung. Die Wohnungsversorgung ist als soziale Pflichtaufgabe zu realisieren.

DIE LINKE im Bezirk unterstützt seit Jahren Mieter, die sich gegen die Zumutungen von Eigentümern wehren:

- § gegen den Abriss von günstigen Bestandswohnungen und Ersatz durch teure höherwertige Eigentumswohnungen wie am Barbarossaplatz,
- § gegen Vernachlässigung von Mietshäusern, um Altmietler zu verdrängen und dann die freigezogene Wohnungen zu sanieren und als Eigentumswohnungen zu verkaufen (Bsp. TARSAP-Häuser in der Kulmer / Alvenslebenstraße). Ein besonders extremes Beispiel dafür war das Haus in der Grunewaldstraße 87, das bundesweit Berühmtheit erlangte als „Horrorhaus“,
- § gegen aufwändige Sanierungsmaßnahmen (insbesondere energetisch), die zur Mieterhöhung und letztlich Verdrängung genutzt werden, wie in der Gleditschstraße und in der Leberstraße,
- § gegen vom JobCenter veranlasste Zwangsumzüge und von Vermietern erwirkte Zwangsräumungen.

DIE LINKE unterstützt auch weiterhin bedrohte Mieter_innen, die in die Öffentlichkeit gehen und das Bezirksamt in die Pflicht nehmen wollen.

Um Mieter_innen zu stärken fordert DIE LINKE:

- § gestärkte Mitspracherechte der Mieterbeiräte,
- § Mieterberatung und Büros für kommunale Wohnungsangebote,
- § ausreichende Erhöhung des Wohnungskontingents für von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen,
- § Erstellung eines Konzeptes für altersgerechtes Wohnen,

- § Übernahme der tatsächlichen Miete bei Sozialleistungsempfänger_innen, solange keine günstigere Wohnung gefunden wurde,
- § Orientierung des Mietspiegels an den tatsächlichen Bestandsmieten,
- § Einrichtung eines Bürgerbeteiligungsbüros. Da Bürger_innen letztendlich Bebauungen akzeptieren müssen, sollen sie auch mitreden dürfen,
- § Transparenzpflicht aller mit Bauvorhaben befassten Behörden und privaten Bauträger gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Nachhaltige Stadtentwicklung

Wohnungsbau muss auch mit dem Ausbau ausreichender sozialer Infrastruktur einhergehen, ebenso müssen Natur- und Umwelt berücksichtigt werden und es dürfen keine innerstädtischen Grünflächen dafür geopfert werden. Eine wachsende Bevölkerung bedeutet auch wachsenden Bedarf an Erholungsflächen. Die bereits hochverdichteten Gebiete innerhalb des S-Bahnringes werden an vielen Stellen noch weiter verdichtet.

Ursprünglich an gesunden Lebensverhältnissen orientierte, lockerer bebaute Gebiete aus den 60er Jahren erhalten Ergänzungsbauten. Grünflächen und Kleingärten werden dafür geopfert.

Nach Jahren, in denen hauptsächlich hochpreisige Eigentumswohnungen errichtet wurden, müssen alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, den extremen Wohnraum-Mangel zu beheben. Dazu haben Berlin und der Bezirk die Mittel:

- § soziale Bodennutzung, eine darauf ausgerichtete Liegenschaftspolitik,
- § vorausschauender Ankauf von Flächen durch die Stadt,
- § Vergabe von landeseigenen Grundstücken an städtische Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften und soziale Projekte,
- § kooperative Baulandentwicklung: Private Eigentümer verpflichten sich dazu, mehr als 50% der Wohnungen im geförderten Bereich zu entwickeln,
- § anteilige Mitfinanzierung sozialer Infrastruktur,
- § Ausschluss von Luxusmerkmalen in Bebauungsplänen,
- § frühzeitige partizipative Prozesse mit der Anwohnerschaft,
- § besondere Förderinstrumente für seniorenrechtliches, barrierefreies Wohnen und Ausbau des Bestands von kommunalen Senior_innenwohnungen.

Alle diese Möglichkeiten müssen konsequent genutzt werden. DIE LINKE will dies tun.

Keine Modernisierung und energetische Sanierung zulasten der Mieter!

Die Mietgesetze, an denen der Wahlkreisabgeordnete Jan-Marco Luczak (CDU) aktiv mitwirkt, schützen oft stärker den Eigentümer als die Mieter – etwa wenn Modernisierungsmaßnahmen einseitig die Mieter_innen belasten und unbegrenzt die Mieten in die Höhe schießen lassen, diese erhöhten Mieten dann in den Mietpiegel einfließen und damit die Erhöhungsspirale für Alle sich immer schneller dreht. DIE LINKE fordert auf Bundesebene, dass Modernisierungsmaßnahmen sich am Nutzen für die Mieter_innen (Nebenkostenersparnis) orientieren, eine dafür zu erhebende Umlage darf höchstens 5% der Modernisierungskosten betragen und soll nach Ende der Amortisierungsfrist zurück genommen werden.

Wir sehen nicht ein, dass wegen unsicherer Kapitalmärkte und niedriger Zinsen immer höhere Traumpreise für Immobilien und Grundstücke bezahlt werden, die dann wieder über die Wohnungen reingeholt werden müssen.

Energetische Sanierung sollte eigentlich die Energiekosten und langfristig die Kosten der Mieter senken. Doch sie wurde als lukratives Geschäft von Vermietern und Spekulanten entdeckt. Das gesamte Mietniveau in der Stadt wird dadurch angehoben und kostengünstige (Miet-)Wohnungen auf dem Markt nochmals reduziert. Energetische Sanierungen dürfen nicht aufgrund von erhöhten Mietkosten zur gezielten Verdrängung von Mieter_innen führen. Für DIE LINKE ist eine energetische Modernisierung nur dann nachhaltig, wenn die Menschen in Entscheidungsprozesse von Modernisierungsmaßnahmen integriert werden, Vorgänge transparent gemacht werden und ein wirkliches Mitentscheidungsrecht stattfindet. Mieterfreundliche Ausgestaltung der Sanierung und ein Veto der Mieter_innen muss möglich sein.

Eine besondere Verantwortung haben hierfür die städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Diese sollten ihre soziale Verantwortung nicht vernachlässigen.

Zusammenhalt und Begegnung in Kiezen stärken: Quartiersmanagement

Die soziale Spaltung ist auch in Tempelhof-Schöneberg räumlich sichtbar. Langjährig etablierte Programme wie das „Soziale-Stadt-Programm“ können zwar die soziale Spaltung nicht verhindern. Aber in Kombination mit arbeitsmarkt-, integrations-, wirtschafts-, sozial- und wohnungspolitischen Maßnahmen könnten sie Gebiete mit sozialen Problemen fördern und den Zusammenhalt stärken. Gebiete wie der Germaniagarten und die Locke-Siedlung wären nach den Maßstäben der „Sozialen Stadt“ förderungswürdig. Sie dürfen nicht sich selbst überlassen werden. Kleine Stadtteilzentren können mit den Anwohner_innen die Bedarfe eruieren und darauf reagieren. Mittlerweile stehen aber solche Stadtteilzentren, in denen ein großes bürgerschaftliches Engagement konzentriert ist und die sich über Jahre entwickelt haben, vor dem Aus. Die finanzielle kommunale Unterstützung ist zunehmend ungesichert. Im Fall der W40 (Quartiersbüro in der Waldsassener Straße 40 in Marienfelde) konnte aufgrund des Widerstandes der Initiativen die Schließung verhindert werden.

DIE LINKE fordert:

- § Bürgersinn und bürgerschaftliches Engagement müssen auch in Zukunft gestärkt, gestützt und weiter ausgebaut werden.
- § Soziale Stadtteilprojekte brauchen langfristige Regelfinanzierung.
- § Die vielfältigen Erfahrungen von Bürgerinitiativen, aus dem Engagement für Flüchtlinge, von Stadtteilbeiräten, soziokulturellen Netzwerken und Stadtteilzentren können dabei genutzt werden. Sie dürfen nicht verschwinden.
- § Es müssen mehr öffentliche Begegnungsräume geschaffen werden. Denn Menschen, Begegnungsräume und Zusammenhalt sind das soziale Kapital dieser Stadt!

Soziale Infrastruktur (wieder) aufbauen

Wie in ganz Berlin so wurde auch in Tempelhof-Schöneberg in den letzten Jahren immer weiter Personalabbau betrieben. Ein Personalentwicklungskonzept, wie von der LINKEN gefordert, ist nicht erkennbar. Für wichtigen Bürgerservice ist kein Geld da: etwa für eine Mieterberatung oder ein erfolgreiches soziales Hilfesystem, damit Menschen in Not ein Dach über den Kopf bekommen. Der öffentliche Dienst, der schon vor der Aufnahme von Flüchtlingen seine Pflichtaufgaben kaum bewältigen konnte, steht vor einem Kollaps, wenn nicht ausreichend Personal hinzukommt, um neben Pflichtaufgaben auch Service-Leistungen und Kontrollaufgaben wahrnehmen zu können.

Dabei sind die sozialen Probleme auch in unserem Bezirk nicht kleiner, sondern größer geworden. Die herrschende Politik ist nicht bereit, daran ernsthaft etwas zu ändern.

Kommunale Daseinsfürsorge sollte sich an den Bedürfnissen der am stärksten Benachteiligten orientieren. Das ist vor allem der Kampf gegen die wachsende Armut. Es fehlen Wohnungen für wohnungslose Menschen, die notgedrungen in einer Obdachlosen-Einrichtung leben müssen oder in zweifelhaften Pensionen untergebracht werden, was für die soziale Integration kontraproduktiv ist. Effektive kommunale Beratung und Angebote sind nötig, um eine bessere Teilhabe für Menschen mit finanziellen und psychischen Problemen zu integrieren.

DIE LINKE fordert:

- § mehr Prävention und Hilfe für Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind,
- § frühzeitige Beratung und Hilfe bei Strom- und Mietschulden.
- § Auf Druck der Bezirke muss bei den Wohnungsbaugesellschaften das Kontingent für Menschen mit geringem Einkommen erhöht werden.
- § Ein regelmäßiger „runder Tisch“ muss mit Vertreter_innen der Wohnungsbaugesellschaften, der sozialen Dienste und der Senior_innen

eingrichtet werden, damit Verhandlungen über sich ändernde Bedarfe sozialverträglich gelöst werden.

Beteiligungsmöglichkeiten für alle sichern!

Viele Bürgerinitiativen müssen sich in Kneipen treffen, weil sozialer, öffentlicher Raum fehlt. Dies schließt gerade jene Menschen aus, die ganz besonders einen Austausch nötig hätten und sich zugleich für Belange im Bezirk einsetzen wollen, sich einen Kneipenbesuch aber nicht leisten können. Junge Leute haben heute technische Möglichkeiten der Vernetzung und Kontaktpflege, die vielen der 75 Plus Generation nicht so ohne weiteres zur Verfügung stehen. Nach dem Tod des Partners oder der Partnerin droht Vereinsamung. Viele können sich selbst nicht gut versorgen und brauchen auch hierbei Unterstützung. DIE LINKE fordert:

- § unentgeltliche Raumnutzung für Bürgerinitiativen und Mieter_innen-Treffen in den Rathäusern Schöneberg und Tempelhof, Schaffung von öffentlichen Räumen für Jung und Alt in den Kiezen für gegenseitigen Austausch, Hilfen und die Möglichkeit, ein kostengünstiges Essen zu erhalten,

DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg setzt sich dafür ein, dass im alten Straßenbahndepot in der Belziger Straße ein Bürgerzentrum entsteht. In einem solchen Bürgerzentrum wäre ein Treffpunkt für Senior_innen, Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen einzurichten. Projekte für Kinder und Jugendliche hätten dort ebenfalls ihren Platz. Vorträge, Lesungen und Filmabende, z.B. von Geflüchteten und Migrant_innen, mit Beiträgen aus ihren Herkunftsländern könnten dort stattfinden. Dazu schlagen wir vor:

- § Einrichtung von Projekträumen für selbstbestimmte Jugendarbeit, z.B. Proberäume für junge Theater-, Chor- und Musikgruppen.
- § Vorhaltung eines Saals mit Café ohne Verzehrzwang, in dem ein preiswerter Mittagstisch angeboten wird und in dem Veranstaltungen stattfinden können.
- § Regelmäßige Beratung für Geflüchtete, Rentner_innen, zu Gesundheitsfragen sowie kostenfreie Kulturangebote sollen im Zusammenwirken zwischen Bezirksamt, Seniorenvertretung und KulturLeben und in Kooperationen mit dem Kinder- und Jugendmuseum, Crosskultur, Berliner Geschichtswerkstatt, Vereinen und Projektgruppen im Bezirk angeboten werden.

Die Teilhabe von Senior_innen gewährleisten!

Tempelhof-Schöneberg gehört zu den „ältesten“ Bezirken Berlins. Die Zunahme von Rentner_innen erfordert eine andere Bezirkspolitik auf allen Ebenen des Bezirksamtes. Dabei geht es nicht nur um barrierefreies Wohnen. Aktive gesellschaftliche Teilhabe an der politischen Willensbildung, wie im Seniorenmitwirkungsgesetz vorgesehen, muss zur Geltung kommen. Wichtig ist auch ein besserer Schutz und Beratung in allen ihre Lebenslage betreffenden Fragen. Dies darf nicht alleine Ehrenamtlichen überlassen werden, hier steht der Bezirk in der

Pflicht, der demografischen Aufgabe gerecht zu werden.

DIE LINKE fordert:

- § Umbau in barrierefreie altersgerechte Wohnungen durch städtische und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen,
- § Förderung alternativer Wohnformen,
- § Erhalt und Ausbau kommunaler Seniorenwohnungen,
- § Förderung von Netzwerkbüros,
- § wohnortnahe Dienstleistungen,
- § öffentlich zugängliche Mittagstische,
- § seniorengerechte Verkehrsplanung.

Gemeinsam gegen Zwangsverrentung!

Die Zahl der Menschen, die von ihrer Rente nicht leben können, steigt ständig (in unserem Bezirk in den letzten Jahren ein Anstieg um knapp ein Fünftel). Hinzu kommt die gegen den Willen von Erwerbslosen vom Jobcenter beantragte (Zwangs)Frühverrentung mit 63 Jahren, welche den Betroffenen kräftige Abschläge von bis zu 14,4%, und das lebenslang, beschert. Obwohl die JobCenter einen Ermessensspielraum bei der Abwägung von Einzelfällen haben, nehmen Frühverrentungen zu. Die Zwangsverrenteten müssen dann ihre möglichen Vermögensvermögen wie private Altersversicherung und kleine Sparguthaben frühzeitig aufbrauchen. Die nächsten Familienangehörigen sind zunächst für die Versorgung zuständig, erst ab 65 Jahren kann bei vorheriger Bedürftigkeitsprüfung ein Antrag auf Grundsicherung im Alter gestellt werden. DIE LINKE setzt sich vehement gegen solch eine Regelung ein und berät mit Betroffenen, wie sie sich gegen diese Ungerechtigkeit wehren können.

Arbeit und Rente – davon muss man leben können

Der Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde ist nicht mehr zeitgemäß. Wegen der Preissteigerungen und des Kaufkraftverlustes sowie der mangelnden Einkommensanpassung der letzten Jahre ist es erforderlich, den Mindestlohn pro Stunde auf 14 Euro zu erhöhen, um mit einer Rente über der Armutsgrenze ein menschenwürdigen Lebensabend zu leben.

Des Weiteren muss die Versorgung im Alter durch eine Mindestsicherung von mindestens 1250 Euro gewährleistet sein. Wir unterstützen damit die Forderung der Initiative „Reiches Deutschland – Arme RentnerInnen“. Wir fordern die Ersetzung der unter der Armutsgrenze liegenden Hartz-IV-Sätze durch eine existenzsichernde und sanktionsfreie Grundsicherung sowie die Erhöhung des Mindestrentenniveaus. Auf keinen Fall dürfen die unsozialen und ungerechten Regelsätze als Richtlinie bei der Ermittlung eines Grund-/Mindesteinkommens sowie einer Grund-/Mindestrente herangezogen werden.

Es ist dringend notwendig, endlich eine sozial gerechte Steuerreform umzusetzen. Das heißt: Steuern hoch für alle hohen Einkünfte und Entlastung der unteren und mittleren Einkommen.

Gesundheit und Vorsorge stärken

Die Voraussetzungen für ein gesundes Leben und aktive Teilnahme an der Gesellschaft werden auch in der Kommune geschaffen. Prävention fängt bei der engmaschigen Vorsorgeuntersuchung von Neugeborenen und der Beratung von Eltern bei Versorgung und Pflege ihrer Kinder an. Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst muss dafür Sorge tragen, dass dies gewährleistet wird – auch für die Kinder geflüchteter Eltern.

DIE LINKE fordert:

- § mehr Personal für den Gesundheitsdienst, damit notwendige ärztliche und zahnärztliche Untersuchungen für alle Kinder in Kitas, vor der Einschulung und in den Schulen durchgeführt werden können, denn aktuell gibt es lange Wartezeiten,
- § obligatorische Beratung in den Kitas für eine gesunde körperliche und geistige Entwicklung der Kinder,
- § Erhalt und Ausbau kommunaler Gesundheitsdienste, um alle präventiven Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen,
- § qualitativ gutes Essen und kein Verkauf von Süßigkeiten und Softgetränken an Kitas und Schulen,
- § frühzeitige Suchtprävention in den Schulen durch geschulte Kräfte,
- § Hilfe statt Kriminalisierung von Drogenabhängigen,
- § mehr Hilfe und mehr Beratungsangebote für psychisch Kranke,
- § unbürokratische medizinische und psychische Hilfen für Obdachlose,
- § ausreichende kommunale Pflege und Betreuung von chronisch Kranken und Senior_innen durch öffentliche Bezirksschwestern und -pfleger.

Kommunen müssen mehr Verantwortung für Gesundheit übernehmen

Das Grundrecht auf bestmögliche gesundheitliche Versorgung ist in Deutschland nicht garantiert. So wurde beispielsweise in unserem Bezirk die kommunale Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren immer weiter herunter gefahren. Instandhaltung und Innovationen wurden vernachlässigt. CDU, SPD und Grüne waren sich letztendlich einig, die letzten kommunalen Pflegeeinrichtungen, das Louise-Schröder-Haus und das Georg-Kriedte-Haus aufzugeben – gegen den Widerstand von DIE LINKE in der BVV. Wir finden: Mit Gesundheit darf keine Rendite erwirtschaftet werden. Dies geht auf Kosten der Patient_innen und des Personals.

In Berlin und in unserem Bezirk gerät die häusliche Pflege, die private Träger übernehmen, immer wieder in die öffentliche Kritik wegen fehlender Transparenz, Abrechnungsbetrug und nicht geleisteter Pflegearbeit.

DIE LINKE fordert:

Die Leistungen des Gesundheitswesens müssen uneingeschränkt der bedarfsgerechten flächendeckenden, wohnort- und zeitnahen gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienen und allen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen, finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Situation, zur Verfügung stehen.

Das heißt für uns:

- § mehr kommunale Kontrolle und Einfordern von Transparenz bei den privaten Pflegeunternehmen, denn Patienten können sich kaum wehren, wenn sie erst mal in Abhängigkeit von Pflege sind,
- § Aufbau medizinischer Strukturen besonders in bisher unterversorgten Gebieten im Bezirk. Das Bezirksamt sollte darauf Einfluss nehmen, denn gerade in ärmeren Gebieten gibt es eine Ausdünnung von medizinischem Fachpersonal und Spezialisten,
- § Barrierefreiheit in Behörden und auch in Arztpraxen, denn immer noch ist es keine Seltenheit, dass sich Arztpraxen in der ersten oder zweiten Etage ohne Aufzug befinden.

Mehr Gesundheitsförderung und Prävention

Unser gesundheitspolitischer Ansatz ist ganzheitlich und umfasst sowohl das Wohnquartier mit ausreichend Grünflächen, als auch die Wohnungen selbst. Verkehrsdichte und Lärm dürfen nicht krank machen. Auch Arbeitsplätze und Bildungseinrichtungen sind dahingehend unter die Lupe zu nehmen.

DIE LINKE fordert,

- § Verkehr in vielen innerstädtischen Straßen des Bezirks zu entschleunigen und weitere Fahrradwege sind auszubauen,
- § gesunde Wohn- und Umweltstandards bei allen Baumaßnahmen einzuhalten,
- § mehr Handlungsspielraum des Gesundheitsamtes gegenüber Vermieter, die sich nicht um schimmelbelastete Wohnungen oder Verwahrlosung ihrer Häuser kümmern.

Die beste Bildung für alle möglich machen

So unterschiedlich wie die Menschen selbst kann auch ihr Bildungsweg sein. LINKE Bildungspolitik ermöglicht es jedem, den richtigen Weg zu finden.

Ein Schulabschluss ist die Grundlage für den weiteren Bildungs- und Berufsweg. Allen Jugendlichen sollten daher sämtliche Türen offen bleiben, damit sie im Laufe ihres Lebens eine Wahlfreiheit haben. Weder sollte auf Grund seiner sozialen

Herkunft jemandem Bildungschancen verwehrt bleiben, noch sollte jemand in dem Glauben aufwachsen, er sei zu irgendetwas nicht in der Lage. Deswegen glauben wir an möglichst langes gemeinsames Lernen, um unterschiedliche Lern-Typen sich gegenseitig inspirieren und sowohl voneinander als auch miteinander lernen zu lassen.

In einer pluralistischen Gesellschaft ist es unverzichtbar, dass über die Bildung Grundwerte wie Antirassismus, Antimilitarismus, Antifaschismus, Demokratie und Toleranz vermittelt werden. Wir fordern ein Stopp der Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen.

Gute Bildung von Anfang an – Qualitätsoffensive Kita

Erzieherinnen und Erzieher verbringen in der Phase der frühkindlichen Entwicklung den Großteil des Tages mit den Kindern und haben großen Einfluss auf ihre Entwicklung. Die gestiegenen Anforderungen hatten in den letzten Jahren eine erhöhte Qualität der Ausbildung zur Folge. Nun muss auch eine entsprechend bessere Bezahlung folgen. Wir fordern ebenso die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Erzieher_innen. Ihnen muss mehr Zeit für die konkrete Arbeit mit den Kindern selbst gegeben und weniger Dokumentarisches aufgelastet werden.

Schulstandort Tempelhof-Schöneberg voranbringen und weiterentwickeln

Um die Schulen den neuen Anforderungen anzupassen, die wir als Gesellschaft an sie stellen, benötigen wir für die Bildungseinrichtungen im Bezirk ein planbares Investitionsprogramm über die nächsten 10 Jahre aus Mitteln des SIWA (Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt). Ziel sind Barrierefreiheit, räumliche Möglichkeiten für eine Ganztagsbetreuung und -versorgung. So schafft man ein Lernklima, das kein Kind ausschließt.

Wir setzen uns weiterhin für das Modell der flächendeckenden Gemeinschaftsschulen ein. Wir sehen in dem Konzept des gemeinsamen Lernens eine Bereicherung für alle Schülerinnen und Schüler. So werden nicht nur soziale Grenzen, sondern auch Barrieren in den Köpfen abgebaut und eine Art von sozialer Durchmischung gefördert, die kein noch so gutes Stadtplanungsprogramm leisten kann.

Bildung ist die Grundlage von sozialer Integration, Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb dürfen Kinder und Jugendliche nicht schon nach der sechsten Klasse selektiert und in sogenannten „Rückflussklassen“ stigmatisiert werden.

- § Wir wollen die Bedingungen schaffen, dass sich die Gemeinschaftsschule kontinuierlich weiterentwickeln kann. So muss der Standort Grazer Platz schnellstmöglich ausgebaut werden, um die Bedingungen für den Aufbau einer Oberstufe gewährleisten zu können. So wird ein gemeinsames Lernen der Kinder und Jugendlichen von der Einschulung bis zum Abitur, möglich.

- § DIE LINKE will andere Schulgemeinden in Tempelhof-Schöneberg dabei unterstützen, das erfolgreiche Gemeinschaftsschul-Projekt auch an anderen Standorten einzuführen. DIE LINKE steht interessierten Schulen gerne mit Rat und Tat zur Seite.
- § Wir fordern ein Programm, das weitere Integrierte Sekundarschulen im Bezirk mit eigenen Profil-Oberstufen ausstattet, damit an möglichst vielen Schulen das Abitur in 13 Jahren abgelegt werden kann. Durch den sonst nötigen Schulwechsel und Wechsel der Klassen- und Lehrerstruktur droht eine Stigmatisierung der ISS als „Rest-Schulen“, wie es in der Vergangenheit bei den Hauptschulen, besonders in sozialen Brennpunkten, der Fall war. Wir wollen einen möglichst hohen Grad an sozialer Durchmischung an allen Schulen in Tempelhof-Schöneberg erreichen und mit dem flächendeckenden Ausbau der Profil-Oberstufen die einzelnen Standorte in den Kiezen stärken.
- § Wir stehen für eine Weiterentwicklung der Schulstandorte in Tempelhof-Schöneberg, vor allem im Bereich der Grundschulen. Wir wollen eine entsprechende Infrastruktur bieten, um den Bezirk zu einem familienfreundlichen und lebenswerten Quartier für die vielen neuen Bewohner_innen zu machen.
- § Wir unterstützen weiterhin die Ziele des Volksbegehrens Unterrichtsgarantie und setzen uns für eine breitere Personaldecke in Berliner Bildungseinrichtungen ein.
- § Inklusion ist und bleibt zentrales Thema, auch in den nächsten Jahren. Noch immer sind nicht alle Schulen barrierefrei zugänglich. Dies provoziert ein Klima des Ausschlusses und der Exklusion. Wir setzen uns dafür ein, dass an allen Schulen Kinder und Jugendliche entsprechend ihrer Bedarfe gefördert werden.
- § Wir fordern, schnellstmöglich ein Schulpsychologisches und inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum (SIBUZ) einzurichten. Hierfür muss der Senat die Finanzierung absichern und für Räumlichkeiten sorgen, wenn die entsprechenden Schulgebäude bereits ausgelastet sind.

Bildung darf nicht einschränken

Eine inklusive Bildungspolitik muss für die Akzeptanz von queer-, trans- und inter-Lebensweisen eintreten und sensibilisieren. Wissen und eine offene und aufgeklärte Atmosphäre sind die beste Prävention vor Diskriminierung. Diese Sensibilisierung für unterschiedliche Lebensweisen kann bereits in der Kita beginnen. Mit altersgerechten Materialien wie zum Beispiel entsprechenden Kinderbüchern, kann schon hier der Grundstein für Toleranz gelegt werden. Ziel ist es, Schubladendenken und stereotype Geschlechterzuweisungen abzubauen.

Bezahlbare Kultur- und Leseangebote erhalten und ausbauen

Für die Bewohner_innen des Bezirks ist es wichtig, kommunale und bezahlbare Kultur- und Leseangebote zu haben. Für die Kinder- und Jugendbildung und für den allgemeinen Zugehörigkeits- und Gemeinschaftssinn brauchen wir diese Angebote in einer Zeit, in der vieles nur noch über Eigensinn und Kommerz bestimmt wird. Dies bestätigt auch eine Befragung, die ergab, dass mehr als 90% aller Berlinerinnen und Berliner die Existenz öffentlicher Bibliotheken wichtig finden. Und dies ganz unabhängig davon, ob sie sie nutzen oder nicht. Dennoch hat sich seit Anfang der 90er Jahre die Zahl der öffentlichen Bibliotheken in Berlin um ca. zwei Drittel reduziert. Kultur gehört nicht zu den Pflichtaufgaben des Landes und des Bezirkes. Oft wird im Kulturbereich zuerst gekürzt, Standorte werden aufgegeben, es gibt keine Erweiterung von kommunalen Bildungsangeboten. Dringende Reparaturarbeiten in den Bibliotheken werden immer wieder aufgeschoben. Jetzt sollen sie zumindest in der Mittelpunktbibliothek in Schöneberg und in der Bezirkszentralbibliothek in Tempelhof umgesetzt werden. Die Kommunen sind unterfinanziert, das führt u. a. zu Personalabbau. In unserem Bezirk setzen die Bezirksamtsparteien verstärkt auf ehrenamtliches Engagement. Derzeit wird über die Einrichtung eines Fördervereins diskutiert. D. h. die Arbeit von Ehrenamtlichen wird beim Betrieb der Einrichtungen von vornherein miteinkalkuliert. DIE LINKE lehnt das ab.

Ein weiteres Problem ist die Bewertung von Einrichtungen nach der Kostenleistungsrechnung, die die Qualität nicht abbildet. Wenn ein Bezirk u.a. bei der Ausleihe unter dem Berliner Durchschnitt liegt, wird das als Verlust verbucht. Die Folge sind weniger finanzielle Mittel. Es ist ein ständiger Wettlauf und Konkurrenz mit anderen Bezirken. Die öffentlichen Bibliotheken werden auch bei der Integration von Flüchtlingen gebraucht, wo sie dabei helfen, Defizite in der Vermittlung elementarer Kulturtechniken wie dem Lesen oder Textverstehen auszugleichen. DIE LINKE setzt sich auf Landesebene für ein Bibliotheksgesetz ein, wie es seit Jahren von der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages für die Länder empfohlen wird. Öffentliche Bibliotheken sollen Pflichtaufgabe werden.

DIE LINKE fordert:

- § Erhalt und ausreichende Finanzierung aller Stadtbibliotheken und des Bücherbusses in Mariendorf,
- § ausreichend qualifiziertes Personal, längere Öffnungszeiten der Bibliotheken,
- § Erhalt der Integrationsbibliothek,
- § keine zentrale Bücherbestellung.

Die kleinen Theater verschwinden in unserem Bezirk nach und nach. Dazu hat DIE LINKE vor zwei Jahren schon einen Antrag gestellt: „Bewahrung der Kultur“ mit der Forderung nach einem Kulturentwicklungsplan, der leider abgelehnt

wurde. Wir halten an dieser Forderung fest und werden sie in der neuen Wahlperiode wiederholen. Dauerhafte Förderung ist notwendig und nicht nur die Finanzierung einzelner Projekte.

Ähnlich kranken auch die Musikschulen. Die hauptsächlichen Aufgaben werden dort von Honorarkräften geleistet. Mittelfristig leistet das der Zerstörung kommunaler Musikschulen Vorschub. Die Angebote für einkommensschwache Familien sind nicht ausreichend zugänglich, nur ein Fünftel der Teilnehmer_innen können mit einem ermäßigten Tarif am Unterricht teilnehmen. DIE LINKE spricht sich gegen die Festsetzung einer Quote aus. DIE LINKE fordert auf Landesebene dass der „Masterplan“ von 2012, erstellt vom Landesmusikrat, umgesetzt wird, damit Musikschulen finanziell gesichert ihre Aufgaben erledigen können und keine Diskriminierungen bei der Aufnahme stattfinden.

Für den Bezirk fordert DIE LINKE:

- § ausreichende Finanzierung und Personal für die Musikschulen und umfassende Angebote an jedem Standort,
- § entgeltfreier Musikunterricht für Kitas und Schulen,
- § keine Einschränkung für einkommensschwache Familien,
- § bevorzugte Aufnahme für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Entfaltungsmöglichkeiten für die Jugend

Junge Menschen haben ein grundsätzliches Recht auf die Förderung ihrer Entwicklung in Bildungseinrichtungen und Freizeit. Wir sind davon überzeugt, dass die Kinder- und Jugendarbeit eine kommunale Pflichtaufgabe ist.

- § DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, dass die Jugendarbeit endlich Planungssicherheit erhält und mit einem angemessenen Anteil von mindestens 10% an den Gesamtjugendhilfemitteln des Landes Berlin ausgestattet wird. Wir fordern ein flächendeckendes, an den Bedürfnissen der in den jeweiligen Sozialräumen lebenden Kinder und Jugendlichen ausgerichtetes Angebot an Kinder- und Jugendclubs.
- § DIE LINKE kämpft darum, dass bestehende öffentliche Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten bleiben, und tritt weiteren Schließungen und Kürzungen entgegen. Die Einrichtungen müssen finanziell, strukturell und personell so ausgestattet werden, dass sie ihre wichtigen Aufgaben auch wahrnehmen und flexibel auf sich ändernde Bedürfnisse, wie z.B. von jungen Geflüchteten und Asylsuchenden, reagieren können. Dabei dürfen bisher genutzte Angebote nicht gekürzt, sondern müssen erweitert werden.
- § DIE LINKE setzt sich für die interkulturelle Öffnung aller Kinder- und Jugendeinrichtungen mit einer entsprechenden Fort- und Weiterbildung des Personals ein, das in allen Einrichtungen tarifgerecht zu bezahlen ist.

- § Wir fordern das Bezirksamt auf, gegenüber dem Senat erneut initiativ zu werden, um vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt mit einer steigenden Anzahl von Kindern und Jugendlichen eine auskömmliche Finanzierung der Angebote der Jugendförderung einzufordern.

DIE LINKE misst selbstverwalteter Jugendarbeit eine hohe Bedeutung bei. So bieten die selbstverwalteten Jugendzentren Drugstore und Potse im Schöneberger Norden Raum für produktive Selbstverwirklichung und für eigene kulturelle Veranstaltungen.

- § Wir fordern den Erhalt dieser beiden ältesten selbstverwalteten Zentren in Berlin! Sie sorgen dafür, dass hunderte junge Menschen ihre Freizeit selbstbestimmt sinnvoll und kreativ gestalten können. Diese Angebote müssen gerade in Zeiten zunehmender Kommerzialisierung und sozialer Ausgrenzung erhalten bleiben!
- § Wir fordern die Verantwortlichen im Bezirksamt auf, alle Anstrengungen für den bedarfsgerechten Weiterbetrieb von Drugstore und Potse und auch des angrenzenden PallasT zu unternehmen und sich dabei eng mit den Jugendlichen abzustimmen! Diese Jugendzentren dürfen weder geschlossen, verkleinert, noch in ein anderes Stadtgebiet verpflanzt werden, da sie für junge Menschen vor Ort feste Anlaufstellen sind und diese möglicherweise verloren gingen.

Umweltfreundliche Mobilität für alle

Die meisten Wege werden in Tempelhof-Schöneberg im ÖPNV, auf dem Rad oder zu Fuß zurückgelegt. Allerdings oft unter erschwerten Bedingungen, wie wir alle wissen. Die Verkehrsinfrastruktur in Tempelhof-Schöneberg wird nach wie vor vom Auto dominiert. Von Ost nach West und von Nord nach Süd durchqueren Bundesstraßen und Autobahnen Tempelhof-Schöneberg, zerschneiden die Stadtteile und belasten uns Bürger_innen mit Autolärm und Schadstoffen. Das wollen wir ändern. Die hauptsächlich vom Autoverkehr verursachte Produktion von CO₂, Feinstaub und Lärm muss dringend verringert werden.

Bus und Bahn sind in den Innenstadtbereichen deutlich besser ausgebaut als in den Außenbezirken. Das gilt auch für Tempelhof-Schöneberg. Wir meinen aber, dass alle Bewohner_innen unseres Bezirks einen guten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zur Verfügung haben sollen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass in den Ausbau eines modernen Umweltverbundes unter Einschluss von Rad- und Car-Sharing-Angeboten vor allem in den äußeren Stadtteilen investiert wird. Die verschiedenen Verkehrsmittel müssen besser miteinander verknüpft werden. DIE LINKE will Bahnhöfe zu Mobilitätsstationen mit Aufenthaltsqualität ausbauen. Damit Mobilität für alle möglich ist, wollen wir umfassende Barrierefreiheit in den Fahrzeugen und an allen Bahnhöfen und Haltestellen herstellen. Statt jährlich steigender Fahrpreise wollen wir, dass die Nutzung von Bussen und Bahnen für alle erschwinglich ist. Insbesondere für Harz-IV-Empfänger_innen und Menschen mit geringen Einkommen muss die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver gestaltet werden.

Radfahrer und Fußgänger müssen mehr Platz im Straßenraum haben, der Autoverkehr muss zurückgedrängt werden. Immer mehr Menschen nutzen das umweltfreundliche Verkehrsmittel Fahrrad. Aber gerade in Tempelhof-Schöneberg muss die Fahrradinfrastruktur noch massiv ausgebaut werden.

Das will DIE LINKE für die Menschen in Tempelhof-Schöneberg erreichen:

- § Für die Potsdamer Straße ab Bezirksgrenze Tiergarten sowie Haupt- und Rheinstraße muss eine Fahrrad-freundliche Lösung gefunden werden. Dazu wären Fahrradstreifen oder Fahrradwege, abhängig von der jeweiligen Gesamtverkehrssituation, einzurichten. Die Mariendorfer Rathausstraße muss eine Fahrrad-Vorrang-Straße werden. Die Fahrradwege entlang des Tempelhofer und Mariendorfer Damms müssen auf beiden Seiten komplettiert und vollständig erneuert werden.
- § Wir brauchen Fußgänger- und Fahrrad-freundliche Lösungen für die größeren Kreuzungen im Bezirk, insbesondere in Alt-Tempelhof und Alt-Mariendorf, am Innsbrucker Platz und an der Marienfelder Allee. An der Kreuzung Friedensstraße/Großbeerenstraße (Mariendorf) soll ein Kreisverkehr eingerichtet werden. Auch an anderen Kreuzungen soll geprüft werden, ob eine solche Lösung mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer bringen kann. Wir sind für eine deutliche Verlängerung der Grünphasen für Fußgänger und für mehr Geschwindigkeitsbegrenzungen für den Autoverkehr.
- § Eine Verlängerung der U6 bis zur Trabrennbahn Mariendorf, perspektivisch bis Nahariyastraße, soll auf kostengünstige Lösungen (oberirdisch oder auf Stelzen) hin geprüft werden. Am Tempelhofer Feld muss ein S-Bahnhof eingerichtet werden. Am Kamenzer Damm soll ein neuer Haltepunkt an der S2 eingerichtet werden.
- § Die Einrichtung von Straßenbahntrassen bzw. die Verlängerung bestehender Trassen in den Bezirk Tempelhof-Schöneberg hinein soll dort geprüft werden, wo dies verkehrstechnisch günstig und ohne zu starke Behinderung des bestehenden Öffentlichen Verkehrs realisierbar wäre, insbesondere dort, wo mit einer Straßenbahn bislang unterversorgte Teile des Bezirks angebunden werden können.
- § In ganz Tempelhof-Schöneberg sollen auf allen Linien Elektrobusse zum Einsatz kommen und sollen E- Tankstellen eingerichtet werden.

Tempelhofer Feld erhalten

Rund zwei Jahre nach dem Volksentscheid ist das Tempelhofer Feld erneut von baulichen Eingriffen bedroht. Der Senat (SPD/CDU) hat mit dem im Januar beschlossenen Gesetz zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen das per Volksentscheid zustande gekommene Gesetz zur Erhalt des Tempelhofer Feldes ausgehebelt. Flüchtlinge sollen demnach nicht nur in den Hangars, sondern auch in einer neuen Randbebauung auf dem Feld untergebracht werden – für drei Jahre mit einer eigens zu schaffenden Infrastruktur. Die hohen Flüchtlingszahlen

sind ein Vorwand, um Versäumnisse bei der Bereitstellung von dezentralen Unterbringungen zu überspielen und zugleich die Voraussetzung für spätere lukrative Immobiliengeschäfte zu schaffen. Denn es gibt immer noch ausreichend Leerstand und freie Flächen, auf denen gebaut werden könnte.

Über 64% der Berlinerinnen und Berliner haben sich 2014 für den Erhalt des Tempelhofer Feldes per Volkentscheid ausgesprochen. DIE LINKE unterstützte aktiv das Volksbegehren sowohl in der BVV als auch auf der Straße, denn alle vernünftigen Gründe sprechen gegen eine Profit-Vermarktung und Bebauung. Weder stadtentwicklungspolitisch, noch klima- oder umweltpolitisch wäre es sinnvoll, dort Eingriffe in die Natur vorzunehmen. Tausende von Berlinerinnen und Berliner, und besonders die Anwohner_innen, haben seit der Öffnung des Tempelhofer Feldes das weite und einzigartige Gelände (knapp 400 ha Fläche) als Erholungs- und Freizeitort für sich entdeckt. Wir brauchen das Tempelhofer Feld als smoghemmende Kaltluftschneise und zum Erhalt von Natur, wozu auch die angrenzenden Kleingartenkolonien zählen, die bei einer Bebauung ebenfalls geopfert würden.

Für die Anwohner_innen würde eine Bebauung die Verteuerung der angrenzenden Wohnquartiere und eine Mieterverdrängung bedeuten. Schon jetzt sind in den angrenzenden Wohnungen massive Verteuerungen zu spüren.

Das Gelände hat auch eine historische Bedeutung, die oft vergessen wird. Dort, wo einst eines der ersten Konzentrationslager der Nazis stand und wo Tausende Zwangsarbeit für die NS-Kriegsmaschinerie leisteten, muss den Opfern der NS-Diktatur gedacht werden. Eine Ghettostadt für über 8000 Flüchtlinge an diesem Ort, wäre allerdings nicht nur deshalb geschmacklos. Es würde die Integration der Flüchtlinge eher behindern als fördern.

DIE LINKE fordert:

- § Der Volksentscheid muss weiterhin akzeptiert werden. Keine Bebauung auf dem Tempelhofer Feld.
- § Zügige Umsetzung eines Gedenkstättenkonzeptes. Geschichtliche Informationen zu Tätern und Opfern rund um das Tempelhofer Feld (Dauerausstellung zur Geschichte des Flughafens im Gebäude).
- § Schnellstmögliche Auflösung der bestehenden Massenunterkünfte.
- § Fortsetzung der Pflegeplanungen für das Tempelhofer Feld.

Mischung und Vielfalt als Gewinn für den Bezirk

Tempelhof-Schöneberg ist ein bunter, ein kulturell reicher Bezirk. Wir wollen, dass so bleibt. DIE LINKE setzt auf Solidarität anstatt auf soziale Konkurrenz und rassistische Spaltung. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen Vorurteilen entgegentreten.

Aktive Gleichstellungspolitik: Querschnittsaufgabe für alle

DIE LINKE setzt sich für Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte

Teilhabe aller Geschlechter auf allen Politikfeldern ein. Wir gehen davon aus, dass Geschlechter gesellschaftlich und kulturell geprägt sind. Eine gelebte Demokratie kennt für uns keine Ungleichbehandlung aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität.

Frauen erhalten immer noch um 25 Prozent niedrigere Löhne und Gehälter als Männer und arbeiten weit häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Teilzeit- oder Mini-Jobs, die nicht existenzsichernd sind. Frauen und Mädchen, die aufgrund ihrer äußeren Erscheinung weiteren Minderheiten-Gruppen zugerechnet werden (etwa Frauen mit Beeinträchtigungen, People of Color Frauen, Frauen, die Kopftuch tragen, Transfrauen, Interfrauen), sind häufig Mehrfachdiskriminierungen ausgesetzt, die eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zusätzlich erschweren. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Stärkung von Autonomie und Selbstbestimmung gerade dieser Mädchen und Frauen angemessen berücksichtigt wird – von der Mädchenarbeit in Jugendfreizeiteinrichtungen, wie sie zum Beispiel von dem Verein Les Migras bereits betrieben wird, bis zur Personalentwicklung in der Bezirksverwaltung und der Arbeit in Ausschüssen. Gleichstellungspolitik muss trotz ihrer Querschnittsfunktion weiterhin ein eigenständiger Politikbereich bleiben.

Viele Frauen sind jenseits struktureller Diskriminierung von Zwang und Gewalt in der Familie, in der Partnerschaft, im Arbeitsleben oder im Wohnumfeld betroffen. Selbstverwalteten Frauenprojekten kommt hier eine besondere Bedeutung zu. In unseren Kiez ist, trotz aller schon vorhandenen Vielfältigkeit, die Lebenszene stark unterrepräsentiert. Um die Vielfalt weiter zu fördern, fordern wir mehr Freiräume für Frauen, Transfrauen und Interfrauen, offene Treffpunkte wie zum Beispiel das Frauencafé „BEGiNE“, die nicht kommerziell orientiert sind. Diese Projekte müssen sich oft von Haushaltsrunde zu Haushaltsrunde hangeln, ohne dass die dort aktiven Frauen eine Aussicht auf langfristige Sicherung ihres Engagements hätten. Daher setzen wir uns für den konsequenten Ausbau und die langfristige Ausfinanzierung solcher Projekte, die im Bezirk wie auf Landesebene einen unverzichtbaren Teil der Antigewalt- und Antidiskriminierungsarbeit darstellen, ein.

Auf bezirklicher Ebene muss insbesondere die Gremien-, Beratungs- und Vernetzungsarbeit der Frauenbeauftragten personell und materiell so ausgestattet sein, dass sowohl die durchgängige Gleichstellungspolitik als auch die Frauenförderung gewährleistet sind. Insbesondere muss hier, dem selbst vom EU-Bericht für Deutschland angemahnten Missstand, dass die Unterstützung für Transfrauen noch weitgehend fehlt und bei der Frauenarbeit nur unzureichend berücksichtigt wird, umgehend abgeholfen werden.

Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Der Schöneberger Norden stellt einen wichtigen Teil der lesbisch-schwulen Szene Berlins dar. Mit dem jährlichen Lesbisch-Schwulen Stadtfest verfügt der Bezirk über eine wichtige Veranstaltung, die weit über die Grenzen Berlins ausstrahlt. Das deutschlandweit erste Regenbogen-Familienzentrum ist hier eine feste Größe der Kiezstruktur geworden, genauso wie zum Beispiel die Lesben- und

Schwulenberatung.

Daher haben wir uns hier aktiv für die Umbenennung der nördlich des Nollendorfplatzes gelegenen ehemaligen Einemstraße in Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße eingesetzt. Ulrichs war Vorkämpfer der weltweit ersten homosexuellen Emanzipationsbewegung und ist bis heute Inspirationsquelle der Lesben- und Schwulenbewegung und hat bereits 1867 die Abschaffung antihomosexueller Gesetze gefordert.

DIE LINKE hat mit der berlinweiten Initiative zur Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein bundesweit einmaliges Instrument dafür geschaffen, u.a. Verwaltung, Schule und Zivilgesellschaft für homo- und transphobe Diskriminierung zu sensibilisieren und Gleichbehandlung auf allen Ebenen zu fördern. Diese Initiative muss ausgebaut und entsprechend weiterentwickelt werden. Um ein langfristiges Umdenken in der Gesellschaft zu erreichen und sämtliche queeren Lebensweisen als Teil der Gesellschaft zu verankern, braucht es mehr als kurzfristige Modellprojekte. Daher ist die Zusammenarbeit mit den Vereinen und Verbänden der Community der LINKEN ein wichtiges Anliegen. Denn sie leisten seit Jahren einen essentiellen Beitrag für die Arbeit mit der Community, kennen die Menschen und ihre Bedürfnisse im Bezirk.

Wir wollen, dass diese vielfältige Struktur im Bezirk erhalten bleibt und ausgebaut wird. Dafür brauchen die Initiativen und Vereine im Bezirk langfristige Planungssicherheit. Daher setzen wir uns für die langfristige Förderung von Projekten in diesem Bereich ein und für ein langfristiges Infrastruktur-Konzept, was diese Angebote besonders im Queer-Bereich fördert und stärkt.

AfD bekämpfen – solidarisches Zusammenleben statt rassistische Spaltung

Mit der AfD tritt eine Partei in Erscheinung, die auf Spaltung und soziale Konkurrenz setzt. Wir können das nicht zulassen. Die Programmatik der AfD weist in eine neoliberale Richtung und richtet sich damit gegen die Interessen der Wähler_innen, die wirtschaftlich schwach und sozial ausgegrenzt sind. Die AfD versucht, ihnen einzureden, die Flüchtlinge und nicht etwa die wachsende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen seien an ihrer Situation schuld. Flüchtlinge werden als besonders kriminell abgestempelt und als Nutznießer staatlicher Leistungen dargestellt. Somit werden sozial Schwache gegen sozial Schwächere ausgespielt. Die unsozialen Verhältnisse bleiben.

Wenn wir dieser Verrohung entgegenwirken wollen, müssen wir Projekte gegen Rassismus an den Schulen stärken und ihnen in Kooperation mit dem Bezirk eine größere Reichweite in der Bevölkerung verschaffen.

Flüchtlinge sind in Tempelhof-Schöneberg willkommen

Vor Kriegen, Unterdrückung, Terror und Hunger flohen 2015 über 1 Millionen Menschen nach Deutschland. Auch in diesem Jahr werden es Hunderttausende

sein. Ca. 15.000 davon sind in Tempelhof-Schöneberg angekommen. Sie haben Anspruch auf unseren Schutz. Manche von ihnen werden wieder in ihre Heimat zurückkehren, sobald dort Frieden herrscht. Andere werden länger bleiben müssen. Einige werden bei uns eine neue Heimat finden.

Das ist eine große Aufgabe für alle, die hier leben, an deren Bewältigung sich viele Tempelhofer_innen und Schöneberger_innen beteiligen. Zum Glück gibt es dieses ehrenamtliche Engagement. Die Politik von Bundesregierung und Senat hat wenig dazu beigetragen, dass diese Herausforderung gestemmt werden kann. Eine immer größer werdende Anzahl von Menschen arbeitet völlig unentgeltlich, um das menschliche Leid zu schmälern. Auf diese humanitäre Leistung der Tempelhofer_innen und Schöneberger_innen sind wir stolz. Es stimmt aber auch, dass die Ankunft der Schutzsuchenden bei Beibehaltung der bisherigen Politik bestehende soziale Schieflagen verstärken kann – etwa auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Dazu kommt die Überforderung von Behörden, die nach jahrzehntelangem Sparen und Schrumpfen nicht auf die neuen Aufgaben vorbereitet sind.

DIE LINKE setzt auf die Solidarität gegen Spaltung und fordert:

- § Die Geflüchteten müssen so schnell wie möglich dezentral untergebracht werden. Das geht aber nur, wenn der Wohnungsneubau v. a. im Bereich der städtischen Wohnungsbaugesellschaften stärker als bisher vorgesehen ausgeweitet und politisch so gesteuert wird, dass der Bedarf einkommensschwacher bzw. zuwendungsabhängiger Familien Vorrang hat. Konkurrenz zwischen Mieter_innen und Geflüchteten darf nicht entstehen.
- § Massenunterkünfte soll so schnell wie möglich aufgelöst werden bzw. – Stichwort: Tempelhofer Feld – gar nicht erst entstehen.
- § Wir brauchen zusätzliche Kapazitäten für „Willkommensklassen“, die an Regelschulen angegliedert sind. Wir lehnen Ghetto-Schulen ab, wie es zum Beispiel auf dem Tempelhofer Feld geplant ist. Es muss ein möglichst schneller Übergang in Regelklassen organisiert und eine Anbindung an das bezirkliche Schulnetz gewährleistet werden. Durch den Schulalltag lernen die Kinder sich gegenseitig kennen, es fördert einen schnellen Spracherwerb und ein Hineinwachsen in die neue Kultur.
- § Geflüchteten Jugendlichen muss bei einem Bezirkswechsel weiterhin ein Schulplatz garantiert bleiben.
- § Bezirkliche Bündnisse des Bezirksamts mit lokalen Betrieben, die Geflüchtete anstellen oder ausbilden, wären ein wichtiger Beitrag zur Integration.
- § Die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer_innen darf nicht nur in Sonntagsreden gelobt, sondern muss praktisch unterstützt werden. Dazu gehören eine Aufwandsentschädigung und ein einheitlicher Versicherungsschutz für alle Ehrenamtlichen, die in Flüchtlingsunterkünften und anderen bezirklichen Einrichtungen tätig sind. Wir setzen uns

dafür ein, dass Bezieher_innen von ALG II oder Grundsicherung ihre Aufwandsentschädigung zu 100% behalten dürfen.

Demokratische Gedenkkultur ausbauen

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg verfügt über authentische, historisch bedeutungsvolle Orte und schaut auf eine lange Tradition einer demokratischen Erinnerungs- und Gedenkkultur zurück. DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg unterstützt diesen Prozess und wird ihn auch zukünftig aktiv bereichern. Wir schlagen z.B. vor, für den gesamten Bezirk ein antifaschistisches Gedenkstättenkonzept zu entwickeln.

Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber einrichten

Die ehemalige Kohlenhandlung Bruno Meyer Nachf. in der Torgauer Straße ist eng mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus verbunden. Nach seiner Entlassung aus dem KZ 1937 war dort der ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete Julius Leber als Kohlenhändler tätig.

Um die Nazis zu stürzen, arbeitete Leber mit Christen, Konservativen, Liberalen, Militärs, Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen. Er gehörte zu den Vorbereitern des 20. Juli 1944. Nach Verhaftung und Schauprozess vor dem Volksgerichtshof (Kleistpark) wurde Julius Leber am 5. Januar 1945 in Plötzensee hingerichtet.

DIE LINKE Tempelhof Schöneberg unterstützt das bürgerschaftliche Anliegen, auf dem Gelände der ehemaligen Kohlenhandlung Leber in der Torgauer Straße einen Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber zu errichten. Dieser soll der aktiven Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus und als lebendiger Ort der Diskussion zwischen den Generationen dienen, welche Bedeutung Zivilcourage bis hin zu zivilgesellschaftlichem Widerstand für den Schutz und die Ausgestaltung der Demokratie auch heute haben.

Ehrung weiterer Persönlichkeiten der Arbeiter_innenbewegung

Wir setzen uns für weitere Formen lebendiger Gedenkkultur in Erinnerung an Persönlichkeiten der Arbeiter_innenbewegung ein, die in unserem Bezirk gelebt haben, insbesondere für solche aus der kommunistischen Bewegung, die häufig vernachlässigt werden. Dazu gehören etwa Rosa Luxemburg und Robert Uhrig. So sollen an den Jahrestagen ihrer Ermordung Ehrungen an den bereits vorhandenen Gedenktafeln vorgenommen und in die Öffentlichkeitsarbeit des Bezirksamts aufgenommen werden. Frauen im antifaschistischen Widerstand sollen genauso geehrt werden wie Männer.

Dabei ist die Zusammenarbeit mit Akteur_innen der Zivilgesellschaft, wie mit der Friedensinitiative Schöneberg oder Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, zu suchen.

Straßennamen von Kampffliegern und Wegbereitern des Nationalsozialismus beseitigen

Die Nationalsozialisten haben vielen Teilen Berlins ihren ideologischen Stempel dadurch aufgedrückt, dass sie Straßen nach Wegbereitern des Nationalsozialismus benannt haben. So wurde auch der in den 1920er Jahren erbaute Stadtteil Gartenstadt Tempelhof militarisiert: 1936 bekamen alle Straßen neue Namen, nämlich die von sogenannten „Fliegerhelden“, wie Manfred von Richthofen. Nach dem Zweiten Weltkrieg sollten die Flieger durch pazifistische Schriftstellerinnen und Schriftsteller ersetzt werden – so plante es der Berliner Magistrat. Für die Manfred-von-Richthofen-Straße war Mühsamstraße vorgesehen. Auch Berta von Suttner oder Franz Werfel sollten auf die Straßenschilder. Dazu kam es aber nicht. Nahezu alle Straßen tragen bis heute die Namen aus der Nazi-Zeit.

Die LINKE Tempelhof Schöneberg setzt sich dafür ein, die ursprünglich geplante Straßenumbenennung nach nunmehr 70 Jahren zu vollziehen.

Mahnung auf dem Tempelhofer Feld

Das Tempelhofer Feld muss in die bezirkliche Gedenkstättenlandschaft integriert werden. Hierzu zählt nicht nur die Erinnerung an die Luftbrücke von 1948. Maßgeblich ist das Tempelhofer Feld durch die Herrschaft des Nationalsozialismus geprägt und es war für zehntausende von Menschen in dieser Zeit ein Ort der Unfreiheit. Eine Gedenkstätte für die Opfer des Konzentrationslagers Columbiahaus und für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in den Flugzeug- und Rüstungsfabriken der NS-Luftwaffe auf dem Tempelhofer Feld haben schuften müssen, gehört unbedingt in das Gebäude und auf das Feld.

DIE LINKE Tempelhof Schöneberg fordert:

- § zügige Umsetzung eines Gedenkstättenkonzeptes zur Erinnerung an die Opfer des Konzentrationslagers Columbiahaus und für die NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter um und auf dem Tempelhofer Feld,
- § Einrichtung einer entsprechenden Forschungs-, Bildungs-, Begegnungs- und Gedenkstätte mit Dauerausstellung auf dem Areal und im Flughafengebäude.

Frieden und Gerechtigkeit weltweit – das fängt hier an!

Krieg und Hunger in anderen Ländern – hat das etwas mit uns zu tun? Seit viele Flüchtlinge auch nach Tempelhof-Schöneberg gekommen sind, wächst das Bewusstsein dafür, dass wir auch in unserem Bezirk etwas tun müssen, um Fluchtursachen zu bekämpfen. Und das ist möglich.

DIE LINKE ist die Friedenspartei in Deutschland. Sie setzt sich für die friedliche Beilegung von Konflikten und für gerechte Entwicklungsbedingungen aller

Menschen ein. Der fortschreitenden Militarisierung der deutschen Außenpolitik und insbesondere dem Bundeswehreinsatz in immer mehr fremden Ländern stellt sie sich entgegen. Wir treten für eine neue Entspannungspolitik in Richtung Russland ein. Über all diese Fragen entscheidet nicht die BVV Tempelhof-Schöneberg. Aber wir können auch hier etwas tun für den Frieden:

- § Wir wehren uns dagegen, dass sich Werbeauftritte der Bundeswehr im öffentlichen Raum auch in unserem Bezirk immer breiter machen.
- § Wir unterstützen Schüler_innen, Eltern und Lehrer_innen, wenn sie sich gegen Auftritte von Werbeoffizieren in Schulen (teilweise im regulären Unterricht) wehren.
- § Wir wollen die Ausbildungszusammenarbeit des Bezirks mit der Bundeswehr beenden und lehnen die Teilnahme der Bundeswehr an dem jährlichen Ausbildungstag im Rathaus Schöneberg ab.
- § Wir arbeiten aktiv in der Berliner Friedensbewegung mit, die in Tempelhof-Schöneberg ein starkes Standbein hat.
- § Wir setzen uns dafür ein, dass die internationalen Städtepartnerschaften mit den östlichen Nachbarländern, insbesondere mit Russland, ausgebaut werden.
- § Den lebendigen Austausch mit der israelischen Partnerstadt Nahariya wollen wir ergänzen durch Beziehungen zu einer palästinensischen Partnerstadt in der Westbank oder in Gaza.
- § Die Partnerschaft mit der türkischen Stadt Mersin wollen wir noch stärker nutzen, um gemeinsam kommunale Friedensstrategien zu entwickeln – mit Blick auf die Konflikte in der Türkei und die Flüchtlingsbewegung, die über die Türkei bis in unseren Bezirk führt.

Wirtschaftliche Perspektivlosigkeit in den Ländern des Südes ist, neben Krieg, eine wichtige Fluchtursache. Und nicht selten hat sie ihre Ursache in den ungerechten Handelsbeziehungen zwischen Nord und Süd. Wir begrüßen deshalb sehr, dass sich in Tempelhof-Schöneberg eine Steuerungsgruppe für „Fair Trade“ gebildet hat, in der wir mitarbeiten. Tempelhof-Schöneberg soll „Fair Trade Town“ werden – das finden auch wir. Dazu hätte allerdings auch gehört, dass sich die BVV wie viele andere Kommunen in ganz Deutschland gegen das Freihandelsabkommen TTIP ausspricht. Eine entsprechende Initiative hatte DIE LINKE in die BVV eingebracht. Sie wurde von CDU, SPD und der Mehrheit der Grünen Verordneten abgelehnt. TTIP wird sich nicht nur auf die Handlungsspielräume von Kommunen, sondern auch auf die Entwicklungsperspektiven der Länder des Südens negativ auswirken. Wir werden deshalb weiter gegen TTIP eintreten – auf allen Ebenen: in der Kommune, im Land und in Europa.

www.DIELINKE-Tempelhof-Schoeneberg.de